

Radovan Karadzic in Haft

MOSKAU, 24. Juli (RIA Novosti). Es ist höchste Zeit für die ganze Welt, gründlich über die Gefahr nachzudenken, die die Ausdehnung des Strafrechts auf die internationalen Beziehungen in sich birgt.

Gastkommentar von John Laughland

Radovan Karadzic ist fast genau sieben Jahre danach verhaftet worden, als Slobodan Milosevic erstmals vor den Internationalen Strafgerichtshof für Ex-Jugoslawien (ICTY) trat.

Das war am 3. Juli 2001 in Den Haag.

Die Übergabe Milosevics an das Tribunal war, ebenso wie im Fall Karadzic, das direkte Ergebnis des Regierungswechsels in Belgrad: Karadzic ist kurz nach der am 8. Juli erfolgten Bildung der EU-treuen und prowestlichen Regierung Serbiens festgenommen worden.

Die Verhaftung von Milosevic im August 2001 erfolgte nach dem Sieg der Demokratischen Partei (deren Vorsitzender heute Serbiens Präsident ist) bei den Parlamentswahlen im Dezember 2000.

Die jetzige Festnahme zeigt: Wenn es sich um eine strafgerichtliche Verfolgung handelt, hängt sehr viel von der politischen Macht ab: Ebenso wie im Fall Milosevic war der Grund für die Verhaftung von Karadzic die Tatsache, dass seine Freunde die Macht in Belgrad verloren haben.

Doch diese Wahrheit bezieht sich auch auf den ICTY. Ende Juni sprach der Strafgerichtshof Nasir Oric, Kommandeur der bosnischen muslimischen Truppen in Srebrenica, frei. Unter Nutzung des Umstands, dass die Stadt unter dem Schutz der UN-Friedenstruppen stand, überfielen seine Kämpfer jede Nacht die benachbarten serbischen Dörfer, wobei sie zahlreiche Bestialitäten gegen die Zivilbewohner begingen.

Vor der Entlassung von Oric, im April dieses Jahres, sprach der ICTY den ehemaligen Premier des Kosovo und den UCK-Führer Ramush Haradinaj frei, obwohl, wie im Beschluss des Strafgerichtshofs vermerkt wurde, mehrere Anklagezeugen unter rätselhaften Umständen ums Leben gekommen waren, noch bevor sie nach Den Haag kommen und Aussagen hatten machen können.

Viele serbische Bürger kommen deshalb zur Überzeugung, dass der ICTY offenbar antiserbisch eingestellt ist. Aber durch fünfzehn Jahre der Feindseligkeit seitens des Westens stark zermürbt, sind die meisten Serben wohl zu dem Schluss gekommen: Wenn wir sie nicht bewältigen können, müssen wir uns ihnen anschließen.

Ebendeshalb stimmten sie im Februar für den in die EU strebenden Präsidenten und im Mai für die ebenso gesinnte Regierung. Die Serben oder zumindest ihre führenden Vertreter beschlossen, Karadzic um des Wohls des Landes zu opfern. Das Wohl besteht ihrer Meinung nach in der Eingliederung in die EU und die Nato. Der - nunmehr unvermeidliche - Beitritt Serbiens zu diesen Bündnissen wird die abschließende Phase des geopolitischen Balkan-Projekts des Westens bilden.

Der ICTY mag zwar tatsächlich antiserbisch gesinnt sein, aber am wichtigsten ist in seinem politischen Programm etwas anderes. Sein Ziel besteht darin, die neue westliche Doktrin des militärisch-politischen Interventionismus zu rechtfertigen. Gemäß dieser Doktrin kann gegen einen Staat, der die Menschenrechte verletzt, militärische Gewalt angewandt werden. Die Serben waren einfach ein Volk, an dem diese Politik in Aktion erprobt wurde.

Auf den ersten Blick sieht die Doktrin recht anziehend aus: Im Zuge der Balkan-Kriege wurden zweifellos Bestialitäten begangen, aber die Doktrin ist heuchlerisch, weil weder die Nato noch die Westmächte je versucht haben, sich internationale Unterstützung für eine solche Politik zuzusichern, zum Beispiel durch Abschluss eines entsprechenden internationalen Vertrags oder eine Reform der UN-Charta, die in ihrer heutigen Fassung solche Interventionen verbietet. Diese Politik wurde einfach einseitig verkündet.

Kein einziger Strafprozess gegen einen führenden Politiker endete mit einem Freispruch des Angeklagten. Diese Praxis hat eine lange Geschichte, siehe die Hinrichtung von König Karl I. von England 1649. Das hängt damit zusammen, dass die strafgerichtliche Verfolgung eines ehemaligen Staatsoberhauptes zu demonstrieren hat: Im Lande hat sich eine neue Macht behauptet, denn die alte Regierung sei grundsätzlich illegitim gewesen.

Mit Karadzic wird es genauso laufen. In seinem Streben nach einem Schuldspruch lässt der ICTY zahlreiche Verstöße gegen die wichtigsten Prozessgrundlagen zu. So erarbeitete er eine Konzeption der Verantwortlichkeit, die auf "Schuldvermutung" aufgebaut ist, so dass die Angeklagten im Grunde ihre Unschuld nachweisen müssen.

Selbst wenn sich Befehle von Karadzic, die seinen Unterstellten Kriegsverbrechen vorgeschrieben hätten, nicht finden, wird er trotzdem verurteilt, weil er von solchen habe wissen können und müssen.

Der ICTY wird gerade in dieser Weise verfahren, weil der "politische Auftrag", der dem Prozess gegen Karadzic zugrunde liegt, darin besteht, aufzuzeigen: Der Präsident der serbischen Republik in Bosnien seien von Anfang an ein Verbrecher, der von ihm geleitete Staat illegitim und die Nato-Intervention gegen die bosnischen Serben 1995 ein durchaus begründeter Schritt und nicht ein Aggressionsakt (was sie laut Völkerrecht wirklich war) gewesen.

Die Strategie, die 1995 und 1999 im ehemaligen Jugoslawien getestet wurde (als die Nato Jugoslawien wegen des Kosovo überfiel), wurde mit weit dramatischeren Folgen noch einmal realisiert, als die USA und Großbritannien erklärten: Nur sie seien berechtigt, die Erfüllung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zu Irak zu gewährleisten.

Dieser Krieg - zur Bestätigung seiner Legitimität wurde ebenfalls ein politischer Prozess aufgezogen - forderte bereits fast eine Million Opfer und stürzte die ganze Region in ein endloses Chaos.

Es ist höchste Zeit für die ganze Welt, gründlich über die Gefahr nachzudenken, die die Ausdehnung des Strafrechts auf die internationalen Beziehungen in sich birgt.

Zum Verfasser:

Der britische Politologe John Laughland ist stellvertretender Direktor für wissenschaftliche Studien am Pariser Institut für Demokratie und Zusammenarbeit. Sein Buch "Travesty" über den Milosevic-Prozess erschien 2007 im Londoner Verlag Pluto Press.

Die Meinung des Verfassers muss nicht mit der von RIA Novosti übereinstimmen.

Ria Novosti, 24.07.2008